

LMU

LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

GESCHWISTER-SCHOLL-INSTITUT
FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2015

Edoardo Cella

**Sind die europäischen Wahlen
noch als second-order national
elections definierbar?**

Bachelorarbeit bei
Dr. Christian Stecker
WiSe 2014/15

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
1.1 Forschungsgegenstand	4
1.2 Forschungsstand	5
 2. Die „Second-order elections“ – Theorie auf europäischer Ebene	7
2.1 Warum ist eine Kontrolle der „Second-order elections“ – Theorie auf europäischer Ebene notwendig?	7
2.2 Das Modell und seine Indikatoren.....	13
2.3 Daten und Methoden	20
 3. Analyse	23
3.1 Ergebnisse	23
3.2 Evaluierung der Ergebnisse	31
 4. Fazit.....	32

Appendix

Bibliographie

1. Einleitung

Die Europäische Union (EU) ist, wie alle existierenden politischen Systeme, kein perfektes System. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, institutioneller Urgroßvater der EU, hat sich die Union immer weiter entwickelt und verändert und als Beweis dafür, dass die EU noch größere und kleinere Makel aufweist, gilt die Tatsache, dass dieser Entwicklungsprozess noch nicht abgeschlossen ist und noch heute weitergeht.

In der politikwissenschaftlichen Debatte werden die strukturellen Schwächen der Europäischen Union als Demokratiedefizit der EU bezeichnet.¹

Eine dieser Schwächen, besteht darin, dass es keine wirklichen europäischen Wahlen gibt. Das heißt, dass die Europawahlen nicht von europäischen, sondern von nationalen Themen und Persönlichkeiten beeinflusst werden. Europawahlen sind *second-order national elections* (Nebenwahlen), oder zumindest sind sie es gewesen.² Im Rahmen dieser Bachelorarbeit wird untersucht, ob die Europawahlen 2009 und 2014 noch Nebenwahlen sind.

In den folgenden Unterkapiteln der Einleitung werden die Forschungsfrage und der Aufbau der Bachelorarbeit (1.1), sowie der Forschungsstand (1.2) erläutert.

¹ Siehe Follesdal, A./Hix, S. (2006): „Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik“, *Journal of Common Market Studies*, 44(3), S. 534-562.

² Siehe Reif, K./ Schmitt, H. (1980): „Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results“, *European Journal of Political Research*, 8 (1), S. 3–45.

1.1 Forschungsgegenstand

Forschungsfrage: Sind die europäischen Wahlen 2009 und 2014 noch als *second-order national elections* definierbar?

In der Literatur sind die Europawahlen als *second-order national elections* definiert.³ Diese Definition beinhaltet zwei wichtige Aspekte. Erstens haben die Europawahlen eine zweitrangige Stellung im Vergleich zu den Nationalwahlen. Der Grund dafür ist, dass die nationalen Organe die meisten und wichtigsten Kompetenzen besitzen. Um ein Land zu regieren, ist der Sieg der Nationalwahlen, und nicht der der Europawahlen, entscheidend. Zweitens sind Europawahlen nicht von europäischen, sondern von nationalen Faktoren abhängig. Es sind die Ergebnisse der Nationalwahlen der europäischen Mitgliedsländer, und nicht eine europäische Debatte über europäische Themen, die das Ergebnis einer Europawahl beeinflussen.

Das Ziel dieser Bachelorarbeit ist herauszufinden, ob die europäischen Wahlen noch als *second-order national elections* definierbar sind.

Warum sollten jedoch die Europawahlen nicht mehr Nebenwahlen sein? In dieser Arbeit werden sechs Hauptgründe identifiziert, die erklären sollen, warum die letzten zwei Europawahlen nicht mehr *second-order national elections* sein könnten.⁴

Vor Allem ist zu bedenken, dass keine relevante Studie die letzten zwei Europawahlen untersucht hat. Außerdem könnten einige Ereignisse, wie die Kompetenzerweiterung der EU, die von der Wirtschaftskrise entstandene europaweite Debatte, oder die letzten Mitgliedschaftserweiterungen, die europäischen Wahlen verändert haben.

Mit Hilfe des, von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt, entwickelten Modells für die Untersuchung der *second-order elections* – Theorie auf europäischer Ebene⁵, werde ich eine Reihe von Indikatoren aufstellen, die mir ermöglichen zu kontrollieren, ob die europäischen Wahlen noch Nebenwahlen sind.⁶ Schließlich werden die Indikatoren, unter anderem durch eine lineare Regression, getestet und deren Ergebnisse evaluiert.⁷

Insgesamt werden die Ergebnisse der empirischen Analyse zeigen, dass die Europawahlen noch *second-order national elections* sind und dass die angegebenen Gründe nicht gereicht

³ Siehe Reif und Schmitt (1980).

⁴ Siehe Abschnitt 2.1. In diesem Abschnitt werden sechs Gründe angegeben, die die in dieser Bachelorarbeit geführte Analyse rechtfertigen. Somit wird gleichzeitig die Relevanz der Fragestellung bearbeitet.

⁵ Siehe Reif und Schmitt (1980).

⁶ Siehe Abschnitt 2.2.

⁷ Siehe Kapitel 3.

haben, um eine Entwicklung der europäischen Wahlen in Richtung *first-order elections* anzufangen.

1.3 Forschungsstand

Der Begriff des Demokratiedefizits hat nicht nur eine Definition, wie man annehmen könnte, sondern fasst mehrere defizitäre Aspekte der EU zusammen.⁸ Follesdal und Hix identifizieren in ihrem Artikel „*Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik*“ die fünf wichtigsten Aspekte des europäischen Demokratiedefizits:⁹

1. Die europäische Integration hat eine Machterhöhung der nationalen Exekutiven zuungunsten der nationalen Legislativen verursacht. Im Gegenteil zu den nationalen Parlamenten, können nationale Regierungen, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene agieren.¹⁰ Regierungen haben somit die Möglichkeit die Kontrolle der Parlamente bis zu einem gewissen Grad zu überwinden, indem sie auf europäischer Ebene die unpopulären Entscheidungen treffen.¹¹
2. Weil Regierungen die europäische Ebene benutzen, um unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, die auf nationaler Ebene wahrscheinlich nicht durchsetzbar gewesen wären, erfolgt auf europäischer Ebene ein sogenannter *policy drift*. Der *output* der EU wird sich also von den Präferenzen der europäischen Bürger unterscheiden.¹²
3. Das Europäische Parlament ist zu schwach, vor allem weil nationale Parlamente wenige Kontrollmechanismen auf der EU-Ebene haben. Zu bedenken ist jedoch, dass die Kompetenzen des Parlaments mit jedem Vertrag ausgedehnt worden sind, sodass heutzutage das Parlament gleichberechtigter Gesetzgeber des Rates beim ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ist.¹³
4. Die EU ist für die meisten europäischen Bürger etwas Fernes und Fremdes. Die europäischen Bürger können sich mit den Institutionen der EU nicht identifizieren, weil diese

⁸ Siehe Follesdal und Hix (2006), S. 534.

⁹ Siehe Follesdal und Hix (2006), S. 534-537.

¹⁰ Regierungschefs und Minister der EU-Länder haben wichtige exekutive und legislative Kompetenzen auch auf europäischer Ebene (zum Beispiel im Europäischen Rat und im Rat der Europäischen Union). Siehe Nugent, N. (2010): „The Government and Politics of the European Union“, Basingstoke, New York, S.139-141.

¹¹ Siehe Raunio, T. (1999): „Always One Step Behind? National Legislatures and the European Union“, *Government and Opposition*, 34, (2), S. 180–202 und Follesdal und Hix (2006), S. 534.

¹² Siehe Scharpf, F.W. (1999): „Governing in Europe: Effective and Democratic?“, Oxford University Press, Oxford und Follesdal und Hix, (2006), S. 537.

¹³ Lodge, J. (1994): „The European Parliament and the Authority–Democracy Crisis“, *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 531, S. 69–83 und Follesdal und Hix, (2006), S. 535.

zu unterschiedlich und zu komplex im Vergleich zu den nationalen Institutionen sind.¹⁴

5. Als letzter gilt der Aspekt, der in dieser Bachelorarbeit untersucht wird. Der Fakt, dass es keine wirklichen europäischen Wahlen gibt. „[D]espite the growing power of the European Parliament, there are no ‘European’ elections“. Europawahlen sind *second-order national elections*.¹⁵

Das Modell für die Untersuchung der *second-order elections*-Theorie auf europäischer Ebene wird von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt im Standardwerk „*Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results*“ entwickelt und auf der ersten europäischen Wahl angewendet.¹⁶

Die zwei Politikwissenschaftler identifizieren sechs verschiedene Dimensionen mit denen man die europäischen Wahlen analysieren kann, und stellen folglich eine Reihe von Indikatoren auf, um Nebenwahlen zu identifizieren.¹⁷ Diese Indikatoren sollen unter anderem auch einen kritischen und einzigartigen Aspekt der *second-order elections* auf europäischer Ebene erfassen. Bei der Untersuchung der Europawahlen gibt es nicht nur eine Primärarena, die auf einer Sekundärarena (die EU) einen Einfluss hat. Es gibt 28 verschiedene Primärarenen (die nationale Ebene jedes Mitgliedstaats), die das Ergebnis einer einzigen Europawahl beeinflussen.

Das von Reif und Schmitt entwickelte Modell wurde später von verschiedenen Wissenschaftlern genutzt, um weitere europäische Wahlen zu untersuchen und die *second-order elections* – Theorie zu testen. Besonders relevant sind die Studien von Cees Van der Eijk, Mark Franklin und Michael Marsh im Jahre 1996,¹⁸ von Michael Marsh im Jahre 1998¹⁹ und von Simon Hix und Michael Marsh im Jahre 2007.²⁰

Insgesamt werden in diesen drei Artikeln die ersten sechs Europawahlen untersucht (vom Jahre 1979 bis zum 2004). Das Ergebnis ist für alle Artikel dasselbe: die Europawahlen sind *second-order national elections*.

¹⁴ Siehe Follesdal und Hix (2006), S. 536.

¹⁵ Siehe Reif und Schmitt (1980) und Follesdal und Hix (2006), S. 536.

¹⁶ Siehe Reif und Schmitt (1980).

¹⁷ Eine dieser Dimensionen ist die *Less-at-Stake Dimension*. Damit meinen Reif und Schmitt, dass die europäischen Wahlen weniger wichtig als die Nationalwahlen sind. Die in dieser Bachelorarbeit verwendeten Indikatoren stammen aus dieser Dimension.

¹⁸ Siehe Eijk, C. V. D./Franklin, M./Marsh, M. (1996): „What Voters Teach Us About Europe-Wide Elections: What Europe-Wide Elections Teach Us About Voters“, *Electoral Studies*, 15(2), S. 149-166.

¹⁹ Siehe Marsh, M. (1998): „Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections“, *British Journal of Political Science*, 28 (4), S. 591–607.

²⁰ Siehe Hix, S./Marsh, M. (2007): „Punishment or Protest? Understanding European Parliament Elections“, *Journal of Politics*, 69(2), S. 495-510.

2. Die „Second-order elections“-Theorie auf europäischer Ebene

Im zweiten Kapitel werden die theoretischen Grundlagen der Bachelorarbeit bearbeitet, auf denen die empirische Analyse basiert, die im dritten Kapitel behandelt wird. Bevor ich jedoch die *second-order elections* - Theorie erläutere, werde ich im Abschnitt 2.1 erklären, weshalb meine Forschungsfrage sinnvoll und relevant ist. Es werden sechs Gründe angegeben, die das Wesen der Arbeit rechtfertigen. Im Teil 2.2 wird schließlich die *second-order elections* – Theorie auf europäischer Ebene illustriert. Durch die wichtigsten Annahmen der Theorie werden eine Reihe von Indikatoren aufgestellt, die zur Bestimmung von Nebenwahlen notwendig sind. Schließlich werden im dritten und letzten Teil des Kapitels die Methoden diskutiert, die dem Testen der Indikatoren dienen.

2.1 Warum ist eine Kontrolle der *second-order elections* - Theorie auf europäischer Ebene notwendig?

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit soll die Fragestellung, ob die letzten zwei europäischen Wahlen, die in den Jahren 2009 und 2014 erfolgten, immer noch als Nebenwahlen definierbar sind, beantwortet werden.

1980 erschien „*Nine Second-order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results*“, ²¹ welches die Nebenwahlen erstmals auf europäischer Ebene konzeptualisiert hat und einen Untersuchungsrahmen geschaffen hat.

Nach der Erscheinung dieses Standardwerks sind unzählige Artikel erschienen, die Reifs und Schmitts Theorie, mit größeren und kleineren Veränderungen, angewendet haben. ²²

Die Befunde dieser Studien sagen eindeutig aus, dass die europäischen Wahlen *second-order national elections* sind.

Warum sollte also eine erneute Analyse der europäischen Parlamentswahlen notwendig sein? Und warum sollten ausgerechnet die europäische Parlamentswahlen 2009 und/oder 2014

²¹ Siehe Reif und Schmitt (1980).

²² Siehe vor allem Marsh (1998) oder Hix und Marsh (2007).

nicht mehr Nebenwahlen sein? Gibt es präzise Ereignisse, die eine Veränderung der Europawahlen verursacht haben könnten?

Es gibt mindestens sechs Gründe dafür, warum eine Analyse der letzten zwei Europawahlen, wenn nicht notwendig, dann zumindest wünschenswert ist.

1. *Die Rolle der Zeit.* Der erste Grund könnte trivial erscheinen, er ist es jedoch nicht. Es sind fast 35 Jahre vergangen seitdem das Grundmodell für die Analyse der Nebenwahlen auf europäischer Ebene von Reif und Schmitt entwickelt worden ist. Innerhalb eines solchen Zeitraumes kann Vieles geschehen. Die Zeit hat die Macht das Wesen der Zustände zu verändern. Das sollte man nicht unterschätzen. Die europäischen Wahlen könnten längst eine für uns unbekannte Entwicklung angefangen haben. Natürlich reicht die Zeit an sich nicht aus, um eine Veränderung zu vollziehen, sie ist jedoch dessen notwendige Bedingung.

2. *Die Abwesenheit neuer Studien.* Es gab bis jetzt keine besonders einflussreiche Studie, die die letzten zwei Europawahlen mit der klassischen Methode analysiert hat.²³ In den letzten Jahren, hat sich die Wissenschaft vielmehr auf andere Aspekte der *second-order elections* konzentriert. Man hat neue Dimensionen und Methoden erforscht. Zum Beispiel haben Hobolt und Wittrock zum ersten Mal das *second-order elections* – Modell auf die individuelle Ebene reduziert und die Wahlentscheidungen der Wähler mit Hilfe eines Experiments analysiert.²⁴ Andererseits haben Bernhagen und Schmitt das Thema der Rolle des politischen Bewusstseins der Bürger auf die europäischen Wahlergebnisse vertieft.²⁵

In dieser Arbeit wird eine traditionellere Analyse der europäischen Wahlen vorgenommen. Es ist Aufgabe der Wissenschaft, auch ältere Theorien zu verifizieren. Da seit längerer Zeit keine Studie in diesem Sinn geschrieben worden ist, ist die Absicht dieser Arbeit umso mehr gerechtfertigt.

3. *Die europäische Wirtschaftskrise.* Der dritte Grund ist äußerst wichtig und betrifft die europäische Wirtschaftskrise, die im Jahre 2009 ausgebrochen ist. Die Konsequenzen dieser Krise sind vielfältig und nicht nur ökonomischer Natur. Die Eurokrise hat unter anderem die Schwächen und Systemfehler der Eurozone ans Licht gebracht.²⁶ Somit sind die Effektivität und die Legitimation der gesamten europäischen Union ins Zentrum der öffentlichen Debatte

²³ Für klassische Methode wird die von Reif und Schmitt zum ersten Mal aufgestellte Methode für die Analyse der Europawahlen gemeint. Siehe Reif und Schmitt (1980).

²⁴ Siehe Hobolt, S. B./Wittrock, J. (2011): „The second-order election model revisited: An experimental test of vote choices in European Parliament elections”, *Electoral Studies*, 30(1), S. 29-40.

²⁵ Siehe Bernhagen, P./Schmitt, H. (2014): „Deliberation, political knowledge and vote choice: Results from an experiment with second-order elections”, *European Union Politics*, 15(3), S. 352–371.

²⁶ Siehe Sinn, H.W. (2012): „Die Target Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“, 4. Auflage, Carl Hanser Verlag München.

geraten. Die Popularität der Union ist gesunken wie nie zuvor. In 2007, zwei Jahre vor der Krise, hatten 52% der EU-Bürger eine positive Einstellung gegenüber der Europäischen Union, während die Bürger mit einer negativen Einstellung gegenüber der EU nur 15% waren. Ab 2009, mit dem Beginn der Krise, begann sich die öffentliche Meinung zu verändern, sodass im Jahre 2012, 30% der Bürger eine positive und 30% der Bürger eine negative Einstellung gegenüber der EU hatten.²⁷

Obwohl die skizzierte Situation nicht wünschenswert erscheint, sollte man dessen positive Effekte nicht unterschätzen, denn „...*the very intense debates the eurozone crisis has generated contribute to the democratic nature of decision-making at European level, i.e. input legitimacy in a way that they have seldom done.*“.²⁸

Die öffentliche Debatte, die von der Wirtschaftskrise verursacht worden ist, hat das Bewusstsein der Bürger gegenüber der EU gesteigert. Die europäischen Bürger haben die Möglichkeit gehabt, mehr Informationen über die Politiken der EU zu sammeln, um sich eine bessere Meinung über die EU zu bilden. Paradoxe Weise hat die Wirtschaftskrise die Legitimation der EU gesteigert, weil sie einen europäischen Diskurs in Gang gesetzt hat.

„*[There is a] paradox resulting from such a crisis, namely that it leads to a way of strengthening the democratic foundations of membership of the eurozone, i.e. inner legitimacy...*“.²⁹

Vor allem in Hinsicht der Dualität *first-* beziehungsweise *second-order elections* ist es nicht wichtig, ob die generierte öffentliche Debatte positiv oder negativ gegenüber der europäischen Integration gestimmt ist. Man nehme als Beispiel einen Bürger, der durch die Wirtschaftskrise euroskeptisch geworden ist und generell eine stark intergouvernementale Idee der Union vertritt. Würde dieser Bürger rational handeln, sollte er bei den Europawahlen für eine Partei wählen, die gegen den Euro und einer weiteren europäischen Integration steht. Somit würde diese Person aus genuin europäischen Gründen eine europäische Partei wählen, und nicht weil er von den Wahlergebnissen der nationalen Politik beeinflusst wird.

Nebenwahlen sind jedoch Wahlen, die von den Ergebnissen einer anderen Wahlebene abhängen. Die Hypothese, dass die Wirtschaftskrise die europäischen in Wahlen Richtung *first-order elections* verschoben hat, ist somit nicht unwahrscheinlich.

Wichtig zu bedenken ist außerdem, dass eine antieuropäische Position keine

²⁷ Siehe Debomy, D. (2013): „EU no, euro yes? European public opinions facing the crisis (2007-2012)“, Notre Europe- Jacques Delors Institute, Policy Paper 90, S. 1-24.

²⁸ Bertoincini, Y. (2013): „Eurozone and Democracy(ies): A Misleading Debate“, Notre Europe- Jacques Delors Institute, Policy Paper 94, S. 4.

²⁹ Siehe Bertoincini (2013), S. 4.

antidemokratische oder *a priori* falsche Position ist. Kein politisches System ist perfekt. Außerdem gibt es nicht nur einen einzigen und richtigen Weg zur europäischen Integration. Politik ist dafür da, um bestmöglichen Entscheidungen zu treffen, in einer Welt ohne absolute Wahrheiten. „*This is the true dilemma of Plato’s Cave, the problem that philosophers have called Right Opinion, where we are without final truth and absolute knowledge yet wish to act in a manner that conforms to right. We hope our choice to be something more than arbitrary or impulsive or merely self-interested yet we must choose without the guidance of impartial truth*”. Kritik und Selbstkritik sind deshalb für ein demokratisches System fundamental und unverzichtbar, um sich immer weiter zu verbessern. Die europäische Wirtschaftskrise könnte für die Bürger den Anlass gewesen sein, um sich mehr über europäische Themen zu interessieren.

4. *Kompetenzerweiterung der EU*. Europäische Wahlen haben im Vergleich zu den nationalen Wahlen eine zweitrangige Stellung. Einer der Gründe dafür ist, dass die Europäische Union deutlich weniger Kompetenzen als die nationalen politischen Systeme hat. In Europa sind die nationalen Systeme diejenigen, die die *key competences* haben. Reif und Schmitt schreiben 1980: „*As long as the national political systems decide most of what there is to be decided politically, and everything really important, European elections are additional national second-order elections*“.³⁰

Seit 1980 hat sich jedoch die Europäische Union viel verändert. Es stimmt, dass die institutionelle und konstitutionelle Entwicklung der EU alles außer ein geplanter und konstanter Prozess mit einer einzigen und allgemein akzeptierten politischen Finalität gewesen ist,³¹ nicht desto trotz hat sich die europäische Integration immer weiter vertieft und die europäischen Institutionen haben, mit jedem weiteren Vertrag, immer mehr Kompetenzen erworben.³² Das gilt vor allem für eine Institution, und zwar diejenige, die direkt von den Europawahlen legitimiert wird: das Europäische Parlament. „Das Europäische Parlament (EP) hat sich seit den ersten Direktwahlen im Jahr 1979 von einem Außenseiter des europapolitischen Entscheidungsprozesses zu einem machtvollen und einflussreichen Akteur entwickelt.“³³

³⁰ Siehe Reif und Schmitt, 1980, S.8.

³¹ Siehe Wessels, W. (Hrsg.), (2008): „Das politische System der Europäischen Union“, Springer Verlag, Wiesbaden, S. 51-114.

³² Bemerkenswert ist der Weg der von der Errichtung der Europäischen Behörde für Kohle und Stahl bis zum Versuch einer Verfassung für Europa geführt hat.

³³ Siehe Seger, S. (2008): „Die Institutionen und Machtarchitektur der Europäischen Union mit dem Vertrag von Lissabon“, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.): „Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union“, Baden-Baden, S. 67.

Der Beweis dafür, dass die Institutionen der EU immer mehr Entscheidungen beeinflussen, ist das Ergebnis einer Statistik die zeigt, dass heutzutage die nationale Gesetzgebung einiger Mitgliedstaaten bis zu 84% von EU-Gesetzen abhängt.³⁴

Somit soll nicht gezeigt werden, dass die Institutionen der Europäischen Union mehr Entscheidungsmacht als die Institutionen der nationalen Ebene erworben haben und deren Wahlen deshalb zu Primärwahlen aufgestiegen sind.³⁵ Es soll vielmehr zugespitzt werden, dass die Kompetenzerweiterung der EU, die Machtdifferenz zwischen der zwei Ebenen reduziert hat. Auch deswegen wäre es deshalb annehmbar, dass sich die Europawahlen zumindest in Richtung *first-order elections* bewegt haben.

5. *Die Personalisierung der Politik.* Am 15. Mai 2014 traten die europäischen Spitzenkandidaten der fünf wichtigsten europäischen Parteien vor die Kameras ganz Europas in einer live-Debatte zur Europawahl.³⁶ Dies konnte geschehen, weil in der Europawahl 2014 erstmals klare Kandidaten für den Posten des europäischen Kommissionspräsidenten vorgeschlagen wurden. Grund dafür ist der am Ende des Jahres 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon, der die Rolle der Europawahl bei der Nominierung des Kommissionspräsidenten gestärkt hat.³⁷ Somit konnten die europäischen Bürger die Nominierung des Kommissionspräsidenten so direkt wie nie zuvor, durch die Wahl, beeinflussen. Dies hat dazu geführt, dass sich die europäischen Parteien organisiert haben und Kandidaten nominiert haben. Die Europawahl hat somit, sowohl für die Wähler, als auch für die Politiker und die Medien einen nationalen Charakter übernommen. Die Modalitäten der Europawahl 2014, ähneln denen einer Nationalwahl. Der Spitzenkandidat, dessen Partei die Wahl gewinnt, wird, analog zu einem Regierungschef, Präsident der europäischen Kommission.

Die Reduzierung der politischen Debatte auf eine beschränkte Anzahl politischer Persönlichkeiten ist eine Praxis, die vor allem in den letzten Jahrzehnten sehr verbreitet ist. Diesen Prozess definiert man als Personalisierung der Politik. Er ist auf der nationalen Ebene die Norm. Für Parteien ist die Personalisierung der Politik aus drei Gründen sehr vorteilhaft. Die meisten Wähler werden sich eher mit einer Person, mit einem politischen *leader*,

³⁴ Siehe Miller, Vaughne (2010): „How much legislation comes from Europe?“, House of Commons Library, 10(62), S. 1-55.

³⁵ Die nationalen Staaten haben noch die wichtigsten Kompetenzen.

³⁶ Die Kandidaten waren Jean-Claude Juncker für die Konservative, Martin Schulz für die Sozialdemokraten, Guy Verhofstadt für die Liberale, Ska Keller für die Grünen und Alexis Tsipras für die Linke.

³⁷ Bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten soll der Rat die Wahlergebnisse beachten. Außerdem ist die Ernennung des Präsidenten der Kommission unabhängig von der Ernennung der Mitglieder der Kommission. Für weitere Informationen siehe Stephan, Felix (2014): Dieses Brüssel: Es spricht. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/2014-04/europawahl-tv-debatte> [Letzter Zugriff: 03. Januar 2015].

identifizieren, als mit einer Partei oder einer Idee. Außerdem ist es einfacher, sich durch die Gesten eines Politikers zu informieren, als durch Parteienprogramme oder verabschiedete Gesetze. Ein Wahlkampf, der durch Spitzenkandidaten geführt wird, wird deshalb von einem größeren Publikum verfolgt.

Die Kandidaten selbst werden von der Personalisierung der Politik beeinflusst. Sie geben sich mehr Mühe für die Werbekampagne, da sie in erster Person betroffen sind und ihr Erfolg von dem Ergebnis der Wahl abhängt.

Schließlich sind auch die Medien mehr daran interessiert, über die Wahl zu berichten.

Erstens, weil es einfacher ist einzelne Kandidaten zu folgen. Zweitens, weil das Wählerpublikum, wie schon erwähnt worden, mehr Interesse hat, und sich deshalb über Fernsehsendungen und Zeitschriften informiert.

Insgesamt steigert, die durch die Festsetzung der Spitzenkandidaten vor der Wahl veranlasste Personalisierung der Politik die Effektivität der Werbekampagne in dreifacher Weise.

Die Wähler sind mehr dazu bereit die Werbekampagne zu verfolgen, weil sie sich mit den Spitzenkandidaten identifizieren. Die Spitzenkandidaten investieren mehr Zeit in den Wahlkampf und erleichtern somit die Arbeit der Medien.

Die Personalisierung des EU-Wahlkampfes und die daraus resultierende Effizienzstärkung der Werbekampagne, könnten den Wahlbeitrag der europäischen Bürger bei der Europawahl 2014 gesteigert haben.

6. *Beitritt neuer Mitgliedsstaaten.* Im Jahre 2004 traten zehn neue Mitgliedstaaten der EU bei.³⁸ Diese wurden rasch von Rumänien und Bulgarien im Jahre 2007 und von Kroatien im Jahre 2013 gefolgt. Nie davor hatte es für die EU in weniger als einem Jahrzehnt eine so große Erweiterung gegeben.

In die Analyse der Abhängigkeit der Europawahl von den Nationalwahlen der Mitgliedsländer soll man nun dreizehn neue nationale Arenen einbeziehen. Es ist nicht selbstverständlich, dass die bisherigen Ergebnisse in der *second-order elections* – Forschung mit dieser neuen Länderkonfiguration bestätigt werden.

Jedes Land hat eine unterschiedliche Geschichte, sowie unterschiedliche politische Systeme und Kulturen. Ein Großteil der neuen Mitgliedsstaaten sind, beispielsweise, ex-kommunistische Länder, dessen Wahl- und Parteiensysteme nicht immer komplett institutionalisiert sind. „*[T]he structuring of party systems remains to be fully accomplished*

³⁸ Die in 2004 beigetretenen Staaten sind: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

*in many states emerging from the Communist experience“.*³⁹

Da die europäischen Wahlen von den nationalen Arenen abhängen, ist nicht auszuschließen, dass nicht komplett institutionalisierte Parteiensysteme einen Einfluss auf die Europawahlen haben können. Der Umfang dieses Einflusses ist jedoch noch unbekannt und könnte im Rahmen dieser Arbeit festgestellt werden.

Trotz dieser sechs angegebenen Gründe, weswegen die Europawahl 2009 und vor allem die Europawahl 2014 nicht mehr Nebenwahlen sein könnten, wird in der Fortsetzung der Arbeit, um die Analyse der Indikatoren zu vereinfachen, angenommen, dass die Europawahlen 2009 und 2014 noch *second-order elections* sind. Im Grunde genommen gab es größere Veränderungen die, die Struktur der Union geändert haben nicht.

2.2 Das Modell und seine Indikatoren

In den europäischen Demokratien ist die nationale Ebene die wichtigste politische Arena. Folglich sind Nationalwahlen die wichtigsten Wahlen die es gibt. Sie werden deshalb als *first-order elections* (Primärwahlen) definiert.

Nationalwahlen sind jedoch keineswegs die einzigen Wahlen innerhalb eines Landes. In einem Land gibt es eine Reihe weiterer Wahlen, wie beispielsweise Regional- und Kommunalwahlen, deren Ergebnisse, sowohl für die Wähler als auch für die Parteien, weniger bedeutend sind. Deswegen werden diese als *second-order elections* (Nebenwahlen) definiert.

Der Hauptunterschied zwischen *first* und *second-order elections* ist, dass Nebenwahlen im Vergleich zu Primärwahlen weniger bedeutend sind. „*Perhaps the most important aspect of second-order elections is that there is less at stake.*“⁴⁰

Eine Besonderheit dieser beiden Wahltypen ist, dass beide vom selben Parteiensystem gekennzeichnet sind. Der Wettbewerb von *first* und *second-order elections* innerhalb eines Landes weist somit die gleichen Akteure auf. Wähler und Parteien sind in Primär- und Nebenwahlen die selben. Damit sind Primärwahlen und Nebenwahlen miteinander verbunden. Deswegen kann die Untersuchung der Relation dieser beiden Wahlarenen vieles über die Ursachen bestimmter Wahlergebnisse auf beiden Ebenen offenbaren.⁴¹

³⁹ Siehe Bielasiak, Jack (2002): „The Institutionalization of Electoral and Party Systems in Postcommunist States“, *Comparative Politics*, 34 (2), S. 208.

⁴⁰ Siehe Reif und Schmitt (1980), S. 9.

⁴¹ Für den gesamten Abschnitt siehe Marsh (1998), S. 592.

Karlheinz Reif und Hermann Schmitt sind die ersten, die ein Modell für die Untersuchung dieser Relation auf europäischer Ebene entwickelt haben: das *Second-Order Elections* – Modell auf europäischer Ebene.⁴² Das Ergebnis ihrer Untersuchung zeigt ohne weitere Zweifel, dass die von ihnen betrachteten Europawahlen *second-order national elections* sind. Wie aus den vorigen Definitionen der *first* und *second-order elections* erschießbar ist, bedeutet dieses Ergebnis erstens, dass die Europawahlen gegenüber den nationalen Parlamentswahlen eine zweitrangige Stellung haben. Zweitens, dass sie von den Ergebnissen der nationalen Wahlen und generell von der nationalen Arena beeinflusst werden.⁴³ Man könnte beinahe die Europawahlen als eine Art Umfrage betrachten, die die Meinung der Wähler über das Werk der nationalen Politiker in der bis dahin vergangenen Legislaturperiode, widerspiegelt. Somit würden die Europawahlen den Halbzeitwahlen in den Vereinigten Staaten ähneln, in denen die Regierungstätigkeiten von den Wählern prämiert oder bestraft werden.⁴⁴

Das einzige Problem des von Reif und Schmitt entwickelten Modells ist, dass es ein relativ altes Modell ist. Aus diesem Grund sind nicht alle Indikatoren zwingend aktuell. Es scheint deshalb bei der Wahl der zu benutzenden Indikatoren sinnvoll, sich nur auf einige Indikatoren der *Less-at-Stake* Dimension zu beschränken. Die Hauptindikatoren, die in dieser Bachelorarbeit benutzt werden, sind deshalb vier. Diese Indikatoren sind quantitativer Natur. Um die Schwächen einer rein quantitativen Analyse zu balancieren, werden die vier Hauptindikatoren, wenn nötig, mit qualitativen Kontrollmechanismen ergänzt. In den folgenden Abschnitten werden die vier Indikatoren, mit den jeweiligen qualitativen Ergänzungen präsentiert.

Indikator 1: Niedrigere Wahlbeteiligung

Der erste Indikator betrifft die Wahlbeteiligung. Nebenwahlen sollen eine niedrigere Wahlbeteiligung als Primärwahlen aufweisen. Wenn die europäischen Wahlen noch *second-order national elections* sind, sollte man beobachten können, dass, im Vergleich zu den vorangegangenen nationalen Wahlen, weniger Bürger an den Europawahlen von 2009 und 2014 teilgenommen haben.

Reif und Schmitt identifizieren zwei Hauptgründe, weshalb Nebenwahlen eine niedrigere Wahlbeteiligung als Primärwahlen haben. Ein Teil der Wähler könnte die Europawahl als

⁴² Siehe Reif und Schmitt (1980).

⁴³ Siehe Hix und Marsh (2007), S. 496.

⁴⁴ Siehe Tufts, Edward Rolf (1975): „Determinants of Outcomes of Midterm Congressional Elections“, *American Political Science Review*, 69 (3), S. 812–826.

unwichtig empfinden und deshalb entscheiden, nicht wählen zu gehen. „*Since less is at stake in secondary elections, fewer voters may consider them sufficiently important to cast ballots*“.⁴⁵ Diese *Less-at-Stake* Charakteristik wird jedoch nicht nur von den Wählern wahrgenommen, sondern auch von weiteren wichtigen Akteuren der politischen Arena. Politiker und generell Parteien werden deswegen weniger zeitliche und monetäre Ressourcen für den europäischen Wahlkampf ausgeben. Das gleiche Konzept gilt auch für die Medien, die weniger Zeit den Europawahlen widmen werden. Als Folge könnten einige Bürger, die an der Europawahl teilgenommen hätten, nicht wählen, da sie nicht über die stattfindende Wahl informiert wurden. „*A generally subdued campaign means that fewer voters may even learn that elections are being held*“.⁴⁶

Neben diesen zwei Hauptgründen, die von Reif und Schmitt identifiziert werden und zu einer niedrigeren Wahlbeteiligung führen, sollte man zwei weitere Aspekte beachten. Zum einen das Verhalten der Bürger, die sich mit der Europäischen Union nicht identifizieren können, sei es, weil sie die bürokratische Komplexität der EU nicht verstehen, oder, weil sie die EU als etwas entferntes und abstraktes ansehen. Diese Bevölkerungsgruppe könnte wegen der wenigen Informationen und der scheinbar entfernten Politik der Union nicht wählen gehen. Zum anderen wird es einen Teil der Bevölkerung geben, dessen Präferenzen sich mit dem politischen *output* der Union nicht widerspiegeln. An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob ein Bürger mit einer antieuropäischen Stellung bei den Europawahlen mitwählen sollte oder nicht. Würde man von einem rationalen Verhalten dieses Bürgers ausgehen, so sollte er eine antieuropäische Partei wählen. Da man jedoch von einem komplett rationalen Verhalten aller Wähler nicht immer ausgehen kann, sollte man qualitativ kontrollieren, ob sich die Mehrheit der Bürger wirklich so verhält.⁴⁷ Als weiterer Kontrollmechanismus sollte man darüber hinaus sicherstellen, dass kein Land seine Bürger rechtlich zwingt, entweder bei den Europawahlen oder bei den Nationalwahlen zu wählen. Das würde sicherlich die Ergebnisse der Analyse verzerren.

Als weiterer Indikator benutzten Reif und Schmitt die Anzahl der ungültigen Stimmen. Im Vergleich zu den Nationalwahlen wird in den Europawahlen ein höherer Prozentansatz an ungültigen Stimmen erwartet. Die Wähler sollten ihre Unzufriedenheit für die Kandidatenwahl der Nationalebene durch eine ungültige Stimme bei den Europawahlen

⁴⁵ Siehe Reif und Schmitt (1980), S.9.

⁴⁶ Siehe Reif und Schmitt (1980), S.9.

⁴⁷ Dieser Aspekt wurde schon im Abschnitt 2.1 (3. Die europäische Wirtschaftskrise) bearbeitet. Ein Kontrollmechanismus könnte somit den angenommenen Effekt der Wirtschaftskrise auf die Europawahlen testen.

zeigen. „*Displeasure at the set of parties and/or candidates which is offered the voter in first-order elections may find expression here in more explicit ways: by invalid marking of the ballot*“.⁴⁸ Dieser Indikator wird jedoch in dieser Untersuchung vernachlässigt, weil es zahlreiche Gründe gibt, weshalb ein Wähler eine ungültige Stimme in einer Europawahl abgeben sollte.⁴⁹ Es werden zur Erklärung zwei Faktoren herausgehoben, die das Ergebnis dieses Indikators verfälschen könnten. Als erstes sollte man beachten, dass der Wahlmodus der Europawahlen, sich von dem üblichen Wahlmodus der EU-Mitglieder auf nationaler Ebene unterscheiden kann. Es ist denkbar, dass einige Bürger ungewollt ungültig wählen weil sie sich aufgrund des unterschiedlichen Wahlmodus irren. Auch wenn man aber bewusst ungültig wählt, könnte es sein, dass man ungültig wählt, weil man gegen die EU protestieren will. Genau deshalb wird in dieser Arbeit dieser Indikator nicht als entscheidend beachtet und vernachlässigt.

Indikator 2: Große Parteien verlieren Stimmen bzw. kleine Parteien gewinnen an Stimmen

Der zweite Indikator besagt, dass die größeren Parteien in der Europawahl, im Vergleich zu der vorangegangenen Nationalwahl, Stimmen verlieren werden. Das Gegenteil sollte für die kleinen Parteien geschehen. Sie sollten Stimmen gewinnen.

Wie kann man sich eine solche Veränderung erklären? Ein Teil der von den Großparteien verlorenen Stimmen lässt sich durch die erwartete niedrigere Wahlbeteiligung erklären. Weniger Personen gehen wählen und damit bekommen die Großparteien weniger Stimmen. Jedoch verlieren die größeren Parteien nicht nur wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung Stimmen. Wenn es nur an der niedrigeren Wahlbeteiligung liegen würde, ließe sich nicht erklären, weshalb die kleinen Parteien gleichzeitig Stimmen gewinnen. Ein Teil der Stimmen, was die Großparteien verlieren, fließt in den Stimmenanteil der kleinen Parteien. Ein Anteil der Stimmen wird in den Europawahlen von den großen zu den kleinen Parteien transferiert. Welche Gründe stehen dahinter? Die Antwort liegt in dem wichtigsten Aspekt, der *first* und *second-order elections* unterscheidet: Nebenwahlen sind weniger wichtig im Vergleich zu Primärwahlen. Es gibt viele Wähler, die bei Nationalwahlen taktisch wählen. Nehmen wir an, dass die Präferenzen eines Wählers den Programmpunkten einer Partei entsprechen. Diese Partei hat jedoch keine Chancen die Wahl zu gewinnen, oder die Sperrklausel zu überwinden. Um seine Stimme nicht zu verschwenden könnte sich diese Person entscheiden, eine größere

⁴⁸ Siehe Reif und Schmitt (1980), S. 9.

⁴⁹ Zu bedenken ist, dass kein Indikator völlig problemlos ist. Jedoch weist der Indikator „Niedrigere Wahlbeteiligung“ mehr Probleme als die anderen Indikatoren auf.

und etablierte Partei derselben politischen Richtung zu wählen, da diese eine größere Möglichkeit hat, die Wahlen zu gewinnen. Dieses Verhalten wird als *insincere voting* bezeichnet. Da die Europäische Wahl nicht die selbe Wichtigkeit einer Nationalwahl hat, sollte man eine Verschiebung von *insincere voting* zu *sincere voting* seitens der Wähler beobachten können.⁵⁰ „*The large, electorally decisive parties may receive votes in first-order elections from voters whose actual preference lies with some small or new party. While the small party may well represent the voter's opinion more precisely, he may opt for the opportunity - when more is at stake – of supporting a large, established party, and thereby the general direction of his political views.*“⁵¹

Indikator 3: Neue Parteien haben bei den Europawahlen höhere Chancen als bei nationalen Wahlen

Aus den selben Gründen, weswegen Wähler in den Europawahlen kleinere anstatt große und etablierte Parteien wählen, werden auch neue Parteien verstärkt.

Außerdem könnte die europäische Ebene sich als nützliche Fläche für die Wähler erweisen, um junge Parteien zu probieren. Deswegen wird es erwartet, dass neue Parteien bei Europawahlen eine bessere Leistung als bei nationalen Wahlen haben.

Indikator 4: Regierungsparteien verlieren

Für den letzten Indikator werden die Parteien beobachtet, die zum Zeitpunkt der Europawahl auf der nationalen Ebene an der Regierung waren. Es wird erwartet, dass die Regierungsparteien bei der Europawahl im Vergleich zur vorherigen Nationalwahl Stimmen verlieren. Die Erklärung dafür ist in der Wahlforschung zu suchen.

Nach längeren Recherchen konnte die Wahlforschung zeigen, dass die Regierungspopularität während der Legislaturperiode einem bestimmten Zyklus ausgesetzt ist: der Popularitätszyklus.⁵²

Goodhart und Bhashali haben schon 1970, indem sie die Arbeitslosenquote und Inflation Abhängigkeit mit der Regierungspopularität studierten, ein regelmäßiges Muster für die Popularität von britischen Regierungen entdeckt.⁵³ Unmittelbar nach der Wahl erhöhte sich die Popularität der Regierungen, um kurz danach drastisch zu sinken und gegen Halbzeit der

⁵⁰ Siehe Marsh (1998), S.593.

⁵¹ Siehe Reif und Schmitt (1980), S.9.

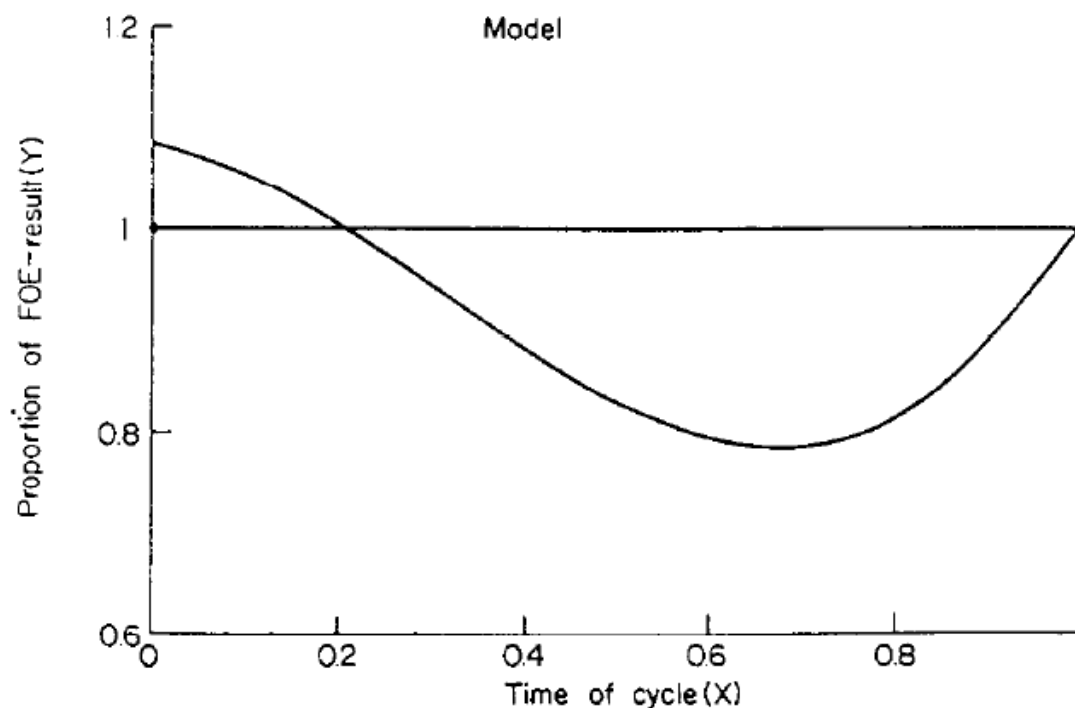
⁵² *Popularity Cycle* oder *Political Business Cycles*. Siehe Franzese, R. J. Jr. (2002): „Electoral and Partisan Cycles in Economic Policies and Outcomes“, *Annual Review of Political Science*, 5, S. 369-421.

⁵³ Siehe Goodhart, C. A. E./Bhashali, R.J. (1970): „Political economy“, *Political Studies* 18(1), S.43-106.

Amtsperiode einen Tiefpunkt zu erreichen.⁵⁴ Drei Jahre später bestätigten Miller und Mackie durch neue empirische Evidenz diese wiederkehrende Musterstruktur in der Regierungspopularität.⁵⁵

Seitdem sind viele Studien verfasst worden, die verschiedene Zyklen mit den unterschiedlichsten Methoden abgebildet haben. Es ist jedoch nicht Zweck dieser Arbeit die auslösenden Gründe des Popularitätszyklus zu erforschen. Es ist ausreichend zu verstehen, dass die Popularität der Regierungen einem solchen Zyklus unterworfen ist.

Als Referenzzyklus wird der von Reif modellierte Popularitätszyklus benutzt, der extra für die *second-order elections* – Theorie auf europäischer Ebene aufgestellt worden ist.



GRAPH 1. Government parties' popularity curve in electoral cycle:
3rd order polynomial (assumed as $y = 1.085 - 0.167x - 1.48x^2 + 1.59x^3$)

Quelle: Reif, Karlheinz (1984): „National electoral cycles and European elections”, Electoral Studies, 3(3), S. 250.

⁵⁴ Siehe Reif und Schmitt (1980), S. 9-10.

⁵⁵ Siehe Miller, W.L. and Mackie, M. (1973). "The electoral cycle and the asymmetry of government and opposition popularity," Political Studies, 2(1), S. 263-279.

Wie man in der Abbildung erkennen kann ist die Popularität der Regierung zu Beginn des Zyklus sogar höher als die von der Regierungspartei/en in der Nationalwahl bekommenen Stimmen.⁵⁶ Schon von Anfang an beginnt die Popularität der Regierung jedoch langsam zu sinken, sodass sie über das reale Wahlergebnis nur für das erste Fünftel des Zyklus bleibt.⁵⁷ Schließlich erreicht die Popularität im zweiten Drittel der Legislaturperiode, seinen Tiefpunkt, um am Ende des Zyklus den realen Wert der nächsten Nationalwahl zu erreichen. Das Ende des Zyklus entspricht mit einer neuen Nationalwahl und mit dem Anfang eines neuen Zyklus.

Um den Verlauf der Popularitätskurve zu verstehen, sollte man sich eine Partei oder Parteikoalition vorstellen, die die Wahlen dank einer bestimmten Anzahl an Stimmen gewonnen hat.⁵⁸ Aufgrund eines Mitläufer-Effektes wird ein Teil der Wähler, die die zukünftige Regierungspartei/en nicht gewählt hat, nach der Wahl die Sieger unterstützen.⁵⁹ Die höhere Popularität der Regierungspartei/en in der anfänglichen Regierungsphase, im Vergleich zu den in den Wahlen bekommenen Stimmen, kann also aufgrund dieses Bandwagon-Effektes erklärt werden.⁶⁰ Mit der Zeit werden allerdings die Schwierigkeiten der Regierung, alle Wahlversprechen einzuhalten, immer deutlicher und immer mehr Personen werden das Vertrauen in die Regierung verlieren. Gegen Ende der Legislaturperiode und mit dem Anfang des Wahlkampfes und der Werbekampagnen, beginnt schließlich die Popularität der Regierungspartei/en wieder zu steigen, bis sie das reale Niveau der Wahlstimmen erreicht. Am Tag der Wahl schließt sich der alte Zyklus, und ein neuer Zyklus beginnt.

Somit besagt der vierte Indikator: Regierungsparteien sollten bei den Europawahlen Stimmen verlieren, nur wenn die Europawahl nach dem ersten Fünftel der Amtsperiode erfolgt. Wenn die Europawahl in dem ersten Fünftel der Amtsperiode der Regierung erfolgt, sollten Regierungsparteien sogar Stimmen gewinnen. Wenn die Europawahl und die Nationalwahl simultan erfolgen, sollten Regierungsparteien die gleichen Stimmen in beiden Wahlen bekommen.

⁵⁶ Aus Vereinfachungsgründen wird unterstellt, dass der Wahltag mit dem Beginn der Amtszeit der Regierung zusammenfällt. Somit beginnt der Zyklus am Tag der Wahl, der zugleich der erste Amtstag der neuen Regierung ist.

⁵⁷ Das reale Wahlergebnis der Nationalwahl ist in der Abbildung von der Geraden repräsentiert.

⁵⁸ Für dieses Beispiel wird ein parlamentarisches Regierungssystem benutzt.

⁵⁹ Siehe Lazarsfeld, Paul F./ Berelson, Bernard/ Gaudet, Hazel (1944): „The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign“, Duell, Sloan and Pearce, New York.

⁶⁰ Dieses Phänomen kann zum Beispiel auch zu Verzerrungen von Umfragen bringen.

2.3 Daten und Methoden

In diesem Unterkapitel werden die Daten und Methoden diskutiert, die für die Analyse der Indikatoren benutzt werden.

Für die europäische Ebene werden die Wahlergebnisse der Europawahlen 2009 und 2014 benutzt. Für die nationale Ebene werden hingegen die Ergebnisse der zwei Parlamentswahlen von jedem EU-Mitgliedsland berücksichtigt, die den beiden Europawahlen 2009 und 2014 vorausgingen. Sowohl für parlamentarische Systeme, als auch für semi-präsidentielle und präsidentielle Systeme werden nur die Ergebnisse des Unterhauses betrachtet, da normalerweise das Unterhaus die mächtigere Kammer in Zweikammersystemen ist.⁶¹ Insgesamt werden deshalb 110 verschiedene Wahlen untersucht.⁶²

Es werden nur die Stimmenanteile der Parteien berücksichtigt, die mindestens einen Sitz im Europäischen Parlament bekommen haben und an den nationalen Parlamentswahlen teilgenommen haben.

Zur besseren Visualisierung der benutzten Methoden werden diese anhand eines Beispiels veranschaulicht. Sei Deutschland das Beispielland und die Europawahl 2014 die Referenzwahl.

Indikator 1: Niedrigere Wahlbeteiligung

Wenn die Europawahlen *second-order elections* wären, sollten sie eine niedrigere Wahlbeteiligung als Nationalwahlen haben. Um zu kontrollieren, ob dies durch die Daten bestätigt wird, wird die Differenz zwischen der Wahlbeteiligung der Europawahlen und der nationalen Parlamentswahlen berechnet (Tabelle I).⁶³ Wenn das Ergebnis einen negativen Wert aufweist, ist die Erwartung für den ersten Indikator bestätigt.

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 hat in Deutschland 48,1% erreicht. In der vorherigen Bundestagswahl, die im Jahre 2013 erfolgte, gab es hingegen eine Wahlbeteiligung von 71,5%. Man kann erkennen, dass es bei den Europawahlen eine deutlich niedrigere Wahlbeteiligung gab. Die Differenz zwischen den beiden Wahlen beträgt:

$$48,1\% - 71,5\% = -23,4\%$$

⁶¹ Bei Einkammersystemen werden die Wahlergebnisse der einzigen Kammer betrachtet.

⁶² Es werden zwei Europawahlen und zwei Parlamentswahlen für jedes der 28 Mitgliedsländer untersucht. Kroatien ist jedoch nur seit 2013 der EU beigetreten. In der Analyse werden deshalb für Kroatien nur die Europawahl 2014 und dessen vorausgehende Nationalwahl betrachtet.

⁶³ Wahlbeteiligung der Europawahlen in einem EU-Mitgliedstaat (in%) minus Wahlbeteiligung der nationalen Parlamentswahlen im selben Staat (in %).

Das heißt, dass es bei der Europawahl 23,4% weniger Wahlbeteiligung als bei der Bundestagswahl gab.

Indikator 2: Große Parteien verlieren Stimmen

Für die Berechnung des zweiten Indikators wird die Differenz der Stimmen zwischen europäischen und nationalen Wahlen summiert, die alle großen Parteien in einem Land erhielten (Tabelle II). Wenn die Summe einen negativen Wert aufweist, ist auch der zweite Indikator bestätigt, denn das heißt, dass die großen Parteien insgesamt Stimmen verloren haben. Reif und Schmitt betrachten eine Partei als groß, wenn diese mehr als 15% der Stimmen bei der letzten Nationalwahl bekommen hat.⁶⁴ Diese Bezeichnung gilt auch für diese Arbeit.

In Deutschland gelten als große Parteien die CDU/CSU mit 45,3% der Stimmen und die SPD mit 29,4% der Stimmen. Bei den Europawahlen bekam die CDU/CSU nur 35,3% und die SPD 27,3% der Stimmen. Beide Parteien haben in der Europawahl weniger Stimmen erhalten. Wenn man die Differenzen summiert lautet das Ergebnis:

$$(35,3\% - 45,3\%) + (27,3\% - 29,4\%) = (-10\%) + (-2,1\%) = -12,1\%$$

Großparteien haben in Deutschland bei der Europawahl 2014 im Vergleich zur Bundestagswahl 12,1% der Stimmen verloren.

Indikator 3: Neue Parteien haben mehr Chancen

Dagegen sollten neue Parteien bei Europawahlen mehr Stimmen bekommen. Die Rechnungsmethode ist die selbe, die für den zweiten Indikator benutzt wurde (Tabelle III). Als neue Parteien gelten nur die Parteien die zum ersten Mal, an den nationalen Parlamentswahlen und an den Europawahlen teilnahmen. Für Deutschland gilt die AfD als neue Partei. Die AfD erhielt bei den Bundestagswahlen 1,9% der Stimmen, während sie bei der Europawahl 7,1% der Stimmen gewann:

$$7,1\% - 1,9\% = 5,2\%$$

Die AfD hat somit die Erwartung bestätigt, dass neue Parteien bei den Europawahlen mehr Chancen haben. Sie hat im Vergleich zu den Nationalwahlen 5,2% Stimmen hinzugewonnen.

⁶⁴ Siehe Reif und Schmitt (1980), S. 17.

Indikator 4: Regierungsparteien verlieren

Auch der letzte Indikator wird in derselben Art und Weise wie der zweite und der dritte kontrolliert. Die Stimmendifferenz zwischen Europawahlen und Nationalwahlen der Regierungsparteien in einem Land werden summiert (Tabelle IV). In unserem Beispiel entsprechen die großen Parteien mit den Parteien an der Regierung, sodass eine weitere Rechnung nicht nötig ist. Großparteien verlieren in Deutschland 12,1% der Stimmen.

Um eine weitere Kontrolle der Indikatoren 2 bis 4 durchzuführen, wird, über diese Analyse hinaus auch eine lineare Regression mit der Methode der kleinsten Quadrate angewandt (Tabellen V-VII). Diese Methode hat mehrere Vorteile, vor allem aber den, dass die Analyse anschaulicher und einfacher zu interpretieren ist. Die verwendete lineare Regression lautet:

$$Y(i) = \beta(0) + \beta(1) \text{Parteigröße}(i) + d1 \text{Neu}(i) + d2 \text{Frühregierung}(i) + d3 \text{Regierung}(i) + \varepsilon(i)$$

Wobei $Y(i)$ die unabhängige Variable ist und für die Stimmendifferenz (in%) zwischen Europawahlen und Nationalwahlen steht. Sie gibt an, wie viel Prozent an Stimmen eine Partei in der Europawahl im Vergleich zur Nationalwahl gewonnen oder verloren hat. Die unabhängigen Variablen sind vier. Die Variable $\text{Parteigröße}(i)$ gibt den Effekt der Parteigröße auf $Y(i)$ an. Die Dummy Variable $d1 \text{Neu}(i)$ beschreibt den Effekt, den eine neue Partei auf $Y(i)$ hat. Zuletzt testen die Dummy Variablen $d2 \text{Frühregierung}(i)$ und $d3 \text{Regierung}(i)$ jeweils den Effekt von Regierungsparteien, während des ersten Fünftels beziehungsweise während der restlichen vier Fünftel des Popularitätszyklus, auf $Y(i)$. Die Regression wird mit Hilfe der Programme Gretl und Microsoft Excel berechnet.

3. Analyse

Im dritten Kapitel wird die empirische Analyse durchgeführt, die zur Beantwortung der Forschungsfrage dient. Im ersten Abschnitt (3.1) werden die Indikatoren eins bis vier getestet. Im zweiten Abschnitt (3.2) werden die Ergebnisse evaluiert. Es wird erwartet, dass die europäischen Wahlen Nebenwahlen sind.

3.1 Ergebnisse

Die Ergebnisse für den ersten Indikator bestätigen die Erwartung, dass die Europawahlen noch *second-order national elections* sind.

Wie man in der Tabelle I sehen kann, haben alle Länder, außer Belgien, eine niedrigere Wahlbeteiligung in beiden Europawahlen, im Vergleich zu den Nationalwahlen, gehabt. Somit unterstützen mehr als 98% der Beobachtungen, die These der *second-order elections* – Theorie auf europäischer Ebene.

Der Fall Belgiens, der als einzig abweichendes Resultat gilt, kann jedoch erklärt werden. Zunächst sollte man bedenken, dass die Europawahl 2014 in Belgien nur um 0,24% die belgische Nationalwahl überstiegen hat. Mit einem solchen kleinen Wert könnte man beinahe behaupten, dass die Wahlbeteiligung der beiden Wahlen gleich gewesen ist. Die belgische Europawahl im Jahre 2014 ist außerdem, gemeinsam mit der Wahl in Luxemburg im Jahre 2009, die einzige Europawahl, die am gleichen Tag der Nationalwahl erfolgte.⁶⁵ Indem die Nationalwahl und die Europawahl simultan erfolgen, wird der Wahlbeteiligungsindikator verzerrt. Wenn ein Wähler sich die Mühe gemacht hat, bis zur Wahlurne zu gehen, wird er vermutlich direkt an beiden Wahlen teilgenommen haben. Dieses Verhalten würde erklären, warum in beiden Fällen, in denen eine simultane Wahl erfolgte, die Wahlbeteiligungsdifferenz der beiden Wahlen, nahezu null ist.

Zuletzt gibt es noch eine Besonderheit der Ergebnisse, die ein weiterer Hinweis auf die *second-order elections* – Theorie geben könnten. Obwohl sich die Differenz der Wahlbeteiligung von Land zu Land stark unterscheidet, ist sie innerhalb jedes Landes fast immer gleich. Dies würde daran denken lassen, dass es die Struktur der nationalen Ebene eines Landes ist, die die Wahlbeteiligung der Europawahlen beeinflusst.

⁶⁵ Siehe Tabelle B in Appendix.

Bezüglich der Kontrollmechanismen hat keiner der beobachteten Länder die Wahlpflicht, weder auf nationaler noch als europäischer Ebene, sodass die Ergebnisse in dieser Hinsicht nicht verzerrt werden.⁶⁶

TABELLE I

Differenz der Wahlbeteiligung (in %)

(Europawahlen 2009 und 2014 vs. vorherige Nationalwahl)

Land	Europawahl 2009	Europawahl 2014
Belgien	-0,71	0,24
Dänemark	-27,06	-31,38
Deutschland	-34,43	-23,4
Irland	-8,36	-17,46
Frankreich	-19,57	-13,87
Italien	-15,45	-17,98
Luxemburg	-0,04	-5,55
Niederlande	-43,65	-37,28
Vereinigtes Königreich	-26,7	-29,5
Griechenland	-21,59	-2,53
Spanien	-28,93	-25,09
Portugal	-28,23	-25,23
Schweden	-36,47	-33,53
Österreich	-32,83	-29,51
Finnland	-26,4	-28,3
Tschechische Republik	-36,28	-41,3
Estland	-18	-26,98
Zypern	-30,2	-34,73
Litauen	-27,92	-5,55
Lettland	-7,3	-29,16
Ungarn	-25,49	-37,13
Malta	-14,51	-19
Polen	-29,37	-25,17
Slowenien	-34,73	-41,05
Slowakei	-35,06	-46,05
Bulgarien	-16,81	-15,56
Rumänien	-11,53	-9,36
Kroatien	-38,66	-31,05
Europäische Union	43	42,54

⁶⁶ Leider wurden keine Daten für den anderen Kontrollmechanismus gefunden.

TABELLE II

Große Parteien

verlieren

(Europawahlen 2009 und 2014 vs. vorherige Nationalwahl
in%)

Land	Europawahl 2009	Europawahl 2014
Belgien	-16,44	-3,51
Dänemark	-11,1	-15,7
Deutschland	-19,5	-12,1
Irland	-15,69	-22,98
Frankreich	-19,92	-23,41
Italien	-10,51	5,27
Luxemburg	-8,85	-8,24
Niederlande	-25,1	-29,98
Vereinigtes Königreich	-34,02	-33,36
Griechenland	-10,96	13,59
Spanien	-3,06	-24,3
Portugal	-15,46	-14,34
Schweden	-17,96	-22,96
Österreich	-6,37	-0,51
Finnland	-7,1	-6,9
Tschechische Republik	-13,87	-8,9
Estland	-18,18	-15,3
Zypern	3,53	-7,24
Litauen	7,16	-5,8
Lettland	-26,74	12,03
Ungarn	14,36	1,15
Malta	-2,84	-3,69
Polen	-1,77	-7,07
Slowenien	-14,43	-1,32
Slowakei	1,51	-20,31
Bulgarien	-18,58	-0,1
Rumänien	-8,8	-5,6
Kroatien		7,55

Tabelle II zeigt, ob große Parteien in den Europawahlen Stimmen verlieren. In 46 der 55 vorhandenen Fälle, verlieren Großparteien in den Europawahlen einen Teil ihrer Stimmen, was andererseits bedeutet, dass kleine Parteien Stimmen gewinnen. Somit kann man für zirka 84% der Beobachtungen das erwartete Ergebnis nachvollziehen.

TABELLE III

Neue Parteien haben in den Europawahlen mehr Chancen
(Europawahlen 2009 und 2014 vs. vorherige Nationalwahl
in%)

Land	Europawahl 2009	Europawahl 2014
Belgien		
Dänemark		
Deutschland		5,2
Irland		
Frankreich		
Italien		-2,65
Luxemburg		
Niederlande	11,07	
Vereinigtes Königreich		
Griechenland		9,77
Spanien	1,67	
Portugal		
Schweden	6,53	
Österreich	16,97	3,14
Finnland		
Tschechische Republik		2,74
Estland		
Zypern		
Litauen		
Lettland	5,07	
Ungarn		
Malta		
Polen		
Slowenien		
Slowakei		-1,04
Bulgarien		
Rumänien		
Kroatien		

Tabelle III zeigt, dass die meisten neuen Parteien (insgesamt 9 von den 11 Beobachtungen) Stimmen in der Europawahl gewonnen haben. Die zwei Ausnahmen sind die Slowakei und Italien. Italien ist jedoch ein Spezialfall. Die Partei M5S ist in ihrer ersten Nationalwahl mit 23,8%, die größte Partei Italiens geworden.⁶⁷ Somit ist sie nicht nur eine neue, sondern auch eine große Partei. Anscheinend überwiegt der Effekt der Parteigröße auf dem Effekt der eine neue Partei hat. Damit kann der Fall Italiens für Tabelle III nicht als signifikant betrachtet werden. Die neuen Parteien, die bei den Europawahlen Stimmen gewonnen haben, sind also 90%.⁶⁸

Die Ergebnisse der ersten drei Indikatoren deuten darauf hin, dass die Europawahlen 2009 und 2014 noch Nebenwahlen sind. Die Ergebnisse des letzten Indikators, der in der Tabelle IV veranschaulicht wird, sind jedoch etwas unklarer.

Aufgrund des Popularitätszyklus sollten die Regierungsparteien, die sich am Tag der Wahl im ersten Fünftel ihrer Amtsperiode befinden, Stimmen gewinnen. In den Ländern, in denen die Nationalwahl gemeinsam mit der Europawahl erfolgte, sollten Regierungsparteien ungefähr die gleichen Stimmen in beiden Wahlen bekommen. Die restlichen Regierungsparteien sollten alle Stimmen verlieren.

Die Regierungen, die sich bei der Europawahl im ersten Fünftel der Regierungszeit befinden, sind acht und nur drei dieser Regierungsparteien gewinnen an Stimmen. Bei den Ländern wo die Europawahl und die Nationalwahl simultan erfolgen ist, ist nur eine der zwei Beobachtungen mit den Erwartungen im Einklang. Von den restlichen 45 Observierungen hingegen, bestätigen 38, deshalb mehr als 84% die Hypothese, dass die Europawahlen *second-order elections* sind, da 38 von den 45 Regierungsparteien, die bei der Europawahl Stimmen verlieren sollten, tatsächlich Stimmen verlieren.

Die ersten zwei Ergebnisse sind jedoch nicht befriedigend.⁶⁹ Das könnte natürlich an der Popularitätskurve liegen, die die reale Popularität der Regierungen nicht abbilden könnte.⁷⁰ Viel wahrscheinlicher ist es aber, dass der Effekt von Großparteien die Ergebnisse des vierten Indikators verzerren. Wenn eine Partei an der Regierung ist, ist sie meistens auch eine große Partei und wie gezeigt worden ist, verlieren Großparteien an Stimmen. Aus diesem Grund könnte es sein, dass eine Regierungspartei, auch wenn sie sich zum Zeitpunkt der Europawahl im ersten Fünftel ihrer Amtszeit befindet, Stimmen verliert.

⁶⁷ Wenn man von der PD-SEL Koalition absieht.

⁶⁸ Wenn man das Ergebnis Italiens weglässt.

⁶⁹ Es werden die Ergebnisse der Länder mit jungen Regierungen zum Zeitpunkt der Europawahl und die Ergebnisse von simultanen Wahlen gemeint.

⁷⁰ Man soll nicht vergessen, dass Reif diese Popularitätskurve für die ersten zwei Europawahlen modelliert hat.

TABELLE IV

Regierungsparteien verlieren an Stimmen
(Europawahlen 2009 und 2014 vs. vorherige Nationalwahl
in%)

Land	Europawahl 2009	Europawahl 2014
Belgien	-16,44	0,78
Dänemark	-6,7	-13
Deutschland	3,8	-12,1
Irland	-17,52	-27,89
Frankreich	-11,7	-17,12
Italien	-0,83	13,41
Luxemburg	-8,85	-7,09
Niederlande	-15,6	-29,98
Vereinigtes Königreich	-19,89	-29,1
Griechenland	-9,51	3,82
Spanien	-5,39	-18,51
Portugal	-18,47	-20,35
Schweden	-11,7	-16,56
Österreich	-1,58	0,27
Finnland	-3,2	-2,1
Tschechische Republik	-9,48	-5,75
Estland	-12,49	-7,8
Zypern	-5,62	-5,72
Litauen	7,16	1,19
Lettland	-16,9	-15,36
Ungarn	-2,1	6,98
Malta	-8,81	-0,41
Polen	1,04	-8,67
Slowenien	-5,31	-1,32
Slowakei	2,92	-20,31
Bulgarien	-6,64	-0,1
Rumänien	-4,2	-6,4
Kroatien		12,02

Schließlich zeigt Tabelle V die Werte der linearen Regressionsgerade. Die Indikatoren zwei bis vier werden somit erneut getestet.

Hauptsächlich zwei der Aspekte der Regression scheinen relevant zu sein.

Als erstes ist der negative Effekt der Parteigröße auf die Europawahlen bestätigt. Je größer eine Partei ist, desto mehr Stimmen verliert sie bei der Europawahl.

Auch der erwartete Effekt der Dummy-Variable *Regierung(i)* ist durch die Regression bestätigt. Unabhängig von ihrer Größe verliert eine Regierungspartei bei den Europawahlen, im Mittel, 4,5% der Stimmen.

Die restlichen Dummy-Variablen sind nicht signifikant. Außerdem ist der Wert der Dummy-Variable *Frühregierung(i)* negativ und nicht, wie erwartet, positiv. Dies bekräftigt die Zweifel, dass der gewählte Popularitätszyklus für den untersuchten Wahlen nicht geeignet ist.

TABELLE V
Regressiongerade
Second-order elections Modell

	1		2	
Parteigröße	-0,307 ** [0,0281]		-0,2373 ** [0,031]	
Neu			1,6022 [1,715]	
Frühregierung			-0,1871 [1,4863]	
Regierung			-4,4785 ** [0,9328]	
Konstante	4,6995 ** [0,5723]		4,533 ** [0,5677]	
Beobachtungen	285		285	

** Signifikanzniveau: 1%

* Signifikanzniveau: 5%

Um zu kontrollieren, ob es Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten Europawahl gibt, wird in Tabelle VI die Regression so modelliert, dass sie die zwei Europawahlen getrennt darstellt.

TABELLE VI

	Europawahl 2009		Europawahl 2014	
	1		2	
Parteigröße	-0,2448 [0,03854]	**	-0,2081 [0,0509]	**
Neu	5,0931 [2,5307]	*	-1,1807 [2,3863]	
Frühregierung	0,5645 [2,3120]		-1,2695 [2,0474]	
Regierung	-3,4949 [1,1599]	**	-6,0655 [1,5129]	**
Konstante	4,3807 [0,7527]	**	4,666 [0,8519]	**
Beobachtungen	148		142	
** Signifikanzniveau: 1%				
* Signifikanzniveau: 5%				

Für beide Regressionsmodelle gilt, dass große Parteien und Regierungsparteien Stimmen verlieren. Der zwei Wahlen, scheint die Europawahl 2009 mehr zur *second-order elections* – Theorie zu passen.⁷¹ Allerdings sind die Unterschiede der zwei Regressionen nicht entscheidend. Es wäre gewagt zu postulieren, dass sich die europäischen Wahlen in Richtung Primärwahlen bewegen.

⁷¹ Siehe Dummy-Variablen *Frühregierung(i)* und vor allem *Neu(i)*.

Auch wenn man die 15 alten Mitgliedstaaten mit den 13 neuen Mitgliedstaaten in Vergleich setzt, kann man für die zwei Regressionen kleinere Unterschiede bemerken (Tabelle VII). Jedoch sind die Unterschiede auch in diesem Fall nicht relevant.

**TABELLE
VII**

	Alte Mitglieder		Neue Mitglieder	
	1		2	
Parteigröße	-0,34139	**	-0,1145	*
	[0,0367]		[0,0524]	
Neu	2,063		0,0094	
	[1,758]		[3,7408]	
Frühregierung	0,9694		-0,6127	
	[1,8357]		[2,3729]	
Regierung	-4,2407	**	-4,26304	*
	[1,0654]		[1,629]	
Konstante	5,4545	**	3,2206	**
	[0,6245]		[1,0579]	
Beobachtungen	177		108	

** Signifikanzniveau: 1%

* Signifikanzniveau: 5%

3.2 Evaluierung der Ergebnisse

Aus der empirischen Analyse der Europawahlen 2009 und 2014 ist es möglich die folgenden Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Sowohl die Europawahl 2009, als auch die Europawahl 2014 sind ohne weitere Zweifel *second-order national elections*. Die beobachteten Ausreißer sind in einer solchen Analyse normal und können die Gültigkeit der Untersuchung nicht gefährden.
2. Durch die Regression kann man einen sehr starken Zusammenhang zwischen der Größe einer Partei und die Stimmen, die sie bei der Europawahl erhält, erkennen, sodass die *second-order elections* – Theorie einen gewissen Grad an Vorhersagemacht aufweist.
3. Das angewandte Popularitätszyklus hat sich nicht als geeignet erwiesen. In den modellierten Regressionen ist die Dummy-Variable *Frühregierung(i)* nie signifikant und zeigt selten den erwarteten Wert. Offensichtlich ist nur, dass Regierungsparteien Stimmen verlieren.
4. Keine, der im zweiten Kapitel angegebenen Gründe für die Veränderung der Europawahlen hat tatsächlich zu einer deutlichen Veränderung geführt. Das wird vor allem durch die Regressionen der Tabellen VI und VII klar. Das erste der zwei Regressionsmodelle zeigt, dass es keine bedeutenden Veränderungen zwischen der Europawahl 2009 und 2014 in Hinsicht des *second-order elections* – Modells gegeben hat. Anscheinend haben also weder die Kompetenzerweiterung, noch die Personalisierung der Politik und die Wirtschaftskrise, die europäischen Wahlen Richtung *first-order elections* bewegt. Das gleiche gilt für die Mitgliedserweiterung der EU. Das Regressionsmodell auf Tabelle VII zeigt, dass es zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten keinen besonders relevanten Unterschied gibt.
5. Aufgrund dessen, scheint es vernünftig zu denken, dass nur ein vollständiger Souveränitätstransfer von den Nationalstaaten auf die europäische Ebene die Europawahlen zu Primärwahlen aufsteigen lassen könnte.

4. Fazit

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit sollte kontrolliert werden, ob die Europawahlen 2009 und 2014 noch als *second-order national elections* definierbar sind.

In der Literatur werden die europäischen Wahlen übereinstimmend als *second-order national elections* definiert, weil sie *de facto*, nicht von europäischen, sondern von nationalen Faktoren beeinflusst werden.

Allerdings hätte man aufgrund bestimmter Entwicklungen vermuten können, dass die Europawahlen 2009 und 2014 nicht mehr Nebenwahlen sind.⁷²

Zum einen hat die europäische Wirtschaftskrise eine öffentliche Debatte verursacht, die unter anderem das Bewusstsein der Bürger gegenüber europäischen Themen gestärkt hat. In einer ähnlichen Art und Weise könnte die Personalisierung der europäischen Politik eine Annäherung der europäischen Bürger an europäische Themen verursacht haben.

Zum anderen könnten die letzten Strukturänderungen der Union selbst, beispielsweise die Kompetenzerweiterung, die durch den Vertrag von Lissabon herbeigeführt wurde, oder die Mitgliedschaftserweiterungen, die europäischen Wahlen verändert haben.

Mit Hilfe des Modells für die Analyse der *second-order elections* auf europäischer Ebene sind vier Indikatoren aufgestellt worden, um die europäischen Wahlen zu untersuchen.

Die empirische Analyse zeigt, dass die Europawahlen 2009 und 2014 *second-order national elections* geblieben sind.

Dank der modellierten Regressionen hat man beobachten können, dass es keine relevante Unterschiede zwischen den beiden Europawahlen und zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten gegeben hat. Die genannten Entwicklungen haben nicht gereicht, um die Rolle der Europawahlen zu stärken. Wahrscheinlich kann nur eine endgültige Verschiebung der nationalen Souveränität auf die Europäische Union, die europäischen Wahlen zu Primärwahlen machen.

⁷² Die im Kapitel 2.1 angegebenen Gründe.

Appendix

TABELLE A

Wahlbeteiligung (in %) der Europawahlen 2009 und 2014

Land	Europawahl 2009	Europawahl 2014
Belgien	90,39	89,64
Dänemark	59,54	56,32
Deutschland	43,27	48,1
Irland	58,64	52,44
Frankreich	40,63	42,43
Italien	65,05	57,22
Luxemburg	90,76	85,55
Niederlande	36,75	37,32
Vereinigtes Königreich	34,7	35,6
Griechenland	52,61	59,97
Spanien	44,87	43,81
Portugal	36,77	33,67
Schweden	45,53	51,07
Österreich	45,97	45,39
Finnland	38,6	39,1
Tschechische Republik	28,22	18,2
Estland	43,9	36,52
Zypern	59,4	43,97
Litauen	20,98	47,35
Lettland	53,7	30,24
Ungarn	36,31	28,97
Malta	78,79	74,8
Polen	24,53	23,83
Slowenien	28,37	24,55
Slowakei	19,64	13,05
Bulgarien	38,99	35,84
Rumänien	27,67	32,44
Kroatien	20,84*	25,24
Europäische Union	43	42,54

TABELLE B

Wahlbeteiligung (in %) der Nationalwahlen vor den Europawahlen 2009 und 2014

Land	Datum der Wahl	Wahlbeteiligung (in %)	Datum der Wahl	Wahlbeteiligung (in %)
Belgien	10.06.2007	91,1	25.06.2014**	89,4
Dänemark	13.11.2007	86,6	15.09.2011	87,7
Deutschland	18.09.2005	77,7	22.09.2013*	71,5
Irland	24.05.2007	67	25.02.2011	69,9
Frankreich	10.06.2007	60,2	10.06.2012	56,3
Italien	13.04.2008	80,5	24.02.2013	75,2
Luxemburg	07.06.2009**	90,8	20.10.2013*	91,1
Niederlande	22.11.2006	80,4	12.09.2012	74,6
Vereinigtes Königreich	05.05.2005	61,4	06.05.2010	65,1
Griechenland	16.09.2007	74,2	17.06.2012	62,5
Spanien	09.03.2008	73,8	20.11.2011	68,9
Portugal	20.02.2005	65	05.06.2011	58,9
Schweden	17.09.2006	82	19.09.2010	84,6
Österreich	28.09.2008*	78,8	29.09.2013*	74,9
Finnland	18.03.2007	65	17.04.2011	67,4
Tschechische Republik	02.06.2006	64,5	25.10.2013*	59,5
Estland	04.03.2007	61,9	06.03.2011	63,5
Zypern	21.05.2006	89,6	22.05.2011	78,7
Litauen	12.10.2008*	48,9	14.10.2012	52,9
Lettland	07.10.2006	61	17.09.2011	59,4
Ungarn	09.04.2006	61,8	06.04.2014*	66,1
Malta	08.03.2008	93,3	09.03.2013	93,8
Polen	21.10.2007	53,9	09.10.2011	49
Slowenien	21.09.2008*	63,1	04.12.2011	65,6
Slowakei	17.06.2006	54,7	10.03.2012	59,1
Bulgarien	25.06.2005	55,8	12.05.2013	51,4
Rumänien	30.11.2008	39,2	09.12.2012	41,8
Kroatien			04.12.2011	56,29

* Nationalwahl kurz vor der Europawahl

** Nationalwahl und Europawahl gleichzeitig

Bibliographie

- Bernhagen, P./Schmitt, H. (2014): „Deliberation, political knowledge and vote choice: Results from an experiment with second-order elections”, *European Union Politics*, 15(3), S. 352–371.
- Bertoncini, Y. (2013): „Eurozone and Democracy(ies): A Misleading Debate”, *Notre Europe- Jacques Delors Institute, Policy Paper 94*, S. 1-28.
- Bielasiak, J. (2002): „The Institutionalization of Electoral and Party Systems in Postcommunist States”, *Comparative Politics*, 34 (2), S. 189-210.
- Crum, B./ Fossum, J. E. (2009): „The Multilevel Parliamentary Field: a framework for theorizing representative democracy in the EU“, *European Political Science Review*, 1(2), S. 249-271.
- Debomy, D. (2013): „EU no, euro yes? European public opinions facing the crisis (2007-2012)”, *Notre Europe- Jacques Delors Institute, Policy Paper 90*, S. 1-24.
- Follesdal, A./Hix, S. (2006): „Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik”, *Journal of Common Market Studies*, 44(3), S. 534-562.
- Franzese, R. J. Jr. (2002): „Electoral and Partisan Cycles in Economic Policies and Outcomes“, *Annual Review of Political Science*, 5, S. 369-421.
- Goodhart, C. A. E./Bhansali, R.J. (1970): „Political economy”, *Political Studies*, 18(1), S.43-106.
- Hix, S./Marsh, M. (2007): „Punishment or Protest? Understanding European Parliament Elections“, *Journal of Politics*, 69(2), S. 495-510.
- Hobolt, S. B. / Wittrock, J. (2011): „The second-order election model revisited: An experimental test of vote choices in European Parliament elections”, *Electoral Studies*, 30(1), S. 29-40.
- Lazarsfeld, P. F./Berelson, B./ Gaudet, H. (1944): „The People’s Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign”, *Duell, Sloan and Pearce, New York*.
- Lodge, J. (1994): „The European Parliament and the Authority–Democracy Crisis“, *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 531, S. 69–83.
- Marsh, M. (1998): „Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections”, *British Journal of Political Science*, 28 (4), S. 591–607.
- Miller, W.L./Mackie, M. (1973). “The electoral cycle and the asymmetry of government and opposition popularity,” *Political Studies*, 2(1), S. 263-279.
- Miller, V. (2010): „How much legislation comes from Europe?”, *House of Commons Library*, 10(62), S. 1-55.
- Nohlen, D./Stöver, P. (2010): „Elections in Europe: A data handbook“, *Nomos Verlag, Baden-Baden*.

Nugent, N. (2010): „The Government and Politics of the European Union”, Basingstoke, New York.

Raunio, T. (1999) „Always One Step Behind? National Legislatures and the European Union”, *Government and Opposition*, 34 (2), S. 180–202.

Reif, K. (1984): „National electoral cycles and European elections”, *Electoral Studies*, 3(3), S. 244–255.

Reif, K./ Schmitt, H. (1980): „Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results”, *European Journal of Political Research*, 8 (1), S. 3–45.

Scharpf, F.W. (1999): „Governing in Europe: Effective and Democratic?”, Oxford University Press, Oxford.

Seger, S. (2008): „Die Institutionen und Machtarchitektur der Europäischen Union mit dem Vertrag von Lissabon“, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.): „Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union“, Baden-Baden, S. 63-98.

Sinn, H. W. (2012): „Die Target Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“, 4. Auflage, Carl Hanser Verlag, München.

Stock, H. J./Watson, M. M. (2012): „Introduction to Econometrics“, 3. Auflage, Pearson Verlag, England.

Tufte, E. R. (1975): „Determinants of Outcomes of Midterm Congressional Elections”, *American Political Science Review*, 69 (3), S. 812–826.

Wessels, W. (Hrsg.), (2008): „Das politische System der Europäischen Union“, Springer Verlag, Wiesbaden, S. 51-114.

Internetquellen:

Stephan, Felix (2014): Dieses Brüssel: Es spricht. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/2014-04/europawahl-tv-debatte> [Letzter Zugriff: 03. Januar 2015].

www.electionresources.org [Letzter Zugriff: 11. Januar 2015].